

AN 027/2019

**DIE LINKE.**  
Fraktion Ahrensburg



17.04.2019

22.250km

**Gemeinsamer Antrag für eine Resolution der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg bzgl. des Neubaus der Müll- und Klärschlammverbrennungsanlage (MKVA) in Stapelfeld**

*Reu*

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**„Resolution der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg gerichtet an die Errichter und Betreiber sowie die Aufsichtsbehörden des Neubaus der Müll – und Klärschlammverbrennungsanlage (MKVA) Stapelfeld“**

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Ahrensburg unterstützt die Forderung der Gemeinde Großhansdorf, als Träger öffentlicher Belange wie auch die Stadt Ahrensburg am Genehmigungsverfahren beteiligt zu werden. Nach unserer Meinung sind alle Gemeinden, die in einem Umkreis von 5 km zum Standort liegen, in das Verfahren einzubinden. Dies begründet sich durch die noch nicht bekannten Gesamtemissionen aus Müll- und Klärschlammverbrennung, der noch nicht endgültig definierten Höhe des Schornsteins sowie der daraus resultierenden Immissionen. Weiterhin setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- Der Parallelbetrieb von Alt- und Neuanlage der Müllverbrennung soll zeitlich auf den Probetrieb der Neuanlage begrenzt werden.
- Eine Rückbauverpflichtung der Altanlage soll Bestandteil der Genehmigung sein und zeitlich terminiert werden.
- Es ist die bestverfügbare Technik einzusetzen, um die Gesamtemissionen aus Müll- und Klärschlammverbrennung möglichst auf das jetzige Niveau zu begrenzen.
- Die Anlage ist so zu konzipieren, dass keine Verschlechterung der Immissionen in den umliegenden Gemeinden und im FFH Gebiet eintritt.
- Messstationen zur Ermittlung der jetzigen Immissionen sowie zum Monitoring der zukünftigen Immissionen sind an geeigneten Standorten in Absprache mit den umliegenden Gemeinden zu errichten und zu betreiben.
- Die Inbetriebnahme einer Phosphorrückgewinnung aus der Asche soll spätestens innerhalb von drei Jahren nach Inbetriebnahme der Klärschlammverbrennung erfolgen.

-----

Begründung:

Mit Datum 13. März 2019 fragte die Gemeinde Großhansdorf bei der Stadt Ahrensburg an, ob sich unsere Stadt ähnlich wie die Gemeinde Großhansdorf zur MKVA positionieren möchte. Auch wenn unsere Stadt - im Gegensatz zu Großhansdorf - als Träger öffentlicher Belange und als direkt Betroffener in das Verfahren eingebunden sein wird, unterstützen wir ein koordiniertes Vorgehen. Um zudem die Umweltbelastungen durch den Betrieb der neuen Anlage möglichst gering zu halten, wird die o.g. Resolution vorgeschlagen.

Mit freundlichen Grüßen

**Die Linke**

**CDU Fraktion**

Ali Haydar Mercan

Detlef Levenhagen

**FDP Fraktion**

**Bündnis 90/Die Grünen**

Michael Stukenberg

Christian Schmidt